

Weststadt bekommt neues „Juwel“

Für fast zwei Millionen Euro soll der „Hochspannungspark“ zum Schmuckstück werden.

Jörn Stachura

Braunschweig. An der Donaustraße in Braunschweigs Weststadt steht ein riesiger Wandel bevor. 1,9 Millionen Euro werden fließen, damit ein bislang trister Grünzug Aufenthaltsqualität der Extraklasse erhält. Bezirksbürgermeister Jörg Hitzmann spricht davon, die Weststadt werde „ein Juwel“ erhalten.

Es geht um den „Hochspannungspark“. So nennen die Weststädter die 1,5 Kilometer lange Grünfläche, die unter einer Hochspannungsleitung verläuft und den Stadtteil in West-Ost-Richtung durchschneidet. Wohnen ist unter Hochspannungsleitung verboten. Sonst wäre längst gebaut worden.

Die Stadt hat nun Pläne vorgelegt, die besagen: Berechnungen und Messungen weisen nach, dass unter der Starkstromleitung alle Grenzwerte eingehalten werden, um den Aufenthalt zu erlauben. Im Grünflächenausschuss wurde dies auf Nachfrage von Heiderose Wanzelius noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Die Stadtverwaltung will den östlichen Teil des „Hochspannungs-

parks“, er ist etwa 340 Meter lang und liegt zwischen Donaustraße und Lehmannger, massiv aufwerten. 1,9 Millionen Euro sollen dort investiert werden. Möglich macht dies das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“. Dieses Förderprogramm für Stadtteile mit Entwicklungsbedarf besteht auch im Westlichen Ringgebiet. Dort wurden mit Fördergeldern das Ringgleis und der Jugendplatz Westbahnhof gebaut. Es gilt: Die Kosten teilen sich Stadt, Land und Bund.

Für den neuen „Hochspannungspark“ heißt das: Der Kostenanteil der Stadt Braunschweig wird sich dank Fördergeldern auf etwa 675 000 Euro belaufen. Seitens der CDU gibt es die Sorge, die 1,9 Millionen könnten wegen der Inflation nicht reichen. Könnte man in diesem Fall die Planung gegebenenfalls abspecken? Die Verwaltung ließ im Grünflächenausschuss erkennen: Sollten höhere Kosten entstehen, werde die Stadt auch davon nur ein Drittel bezahlen müssen. Die Wahrscheinlichkeit, dass aus Kostengründen nicht in Erfüllung geht, was gegenwärtig geplant ist, wird als sehr gering betrachtet.

Zumal in der Weststadt, so Bezirksbürgermeister Jörg Hitzmann, „die Erwartungen mittlerweile enorm sind“. Denn die Stadtverwaltung hat alle Register gezogen, um die Bürger in die Planung einzubeziehen: Bürgerbeteiligung, Online-Beteiligung, Absprache mit dem Runden Tisch der Weststadt, Kinder- und Jugendbeteiligung. Vorschläge der Bürgerschaft wurden aufgegriffen und in die Planung eingearbeitet.

Der örtlichen Calisthenics-Community „Call38“ wurde versichert, ihr Rat sei ausdrücklich erwünscht, wenn es um die Details der geplanten Calisthenics-Anlage, eine Art Spielplatz für Erwachsene, geht. Selbst bei Nachbarn wurde bereits vorgefühlt, ob sie einverstanden wären, wenn Trampelpfade über ihr Grundstück laufen. Es sieht gut aus. Teil der Planung ist auch: Über den Lehmannger, er liegt ebenfalls im Fördergebiet, soll es später einen Ringgleis-Anschluss in Richtung Westbahnhof geben.

Von der nahen Donaustraße hat sich das Hildesheimer Planungsbüro HNW Landschaftsarchitektur inspirieren lassen. Was zum Bei-

spiel heißt: Erdaushub bleibt auf dem Gelände und wird zur Modellierung von „Donauwellen“ im Park verwendet. Eine Art „Pumptrack“ soll entstehen, also eine Mountainbike-Strecke, die auf den Namen „Wellenbahn“ hören soll. Blühwiesen und Blühhecken sind geplant. Neue Bäume werden gepflanzt, Hängematten angebracht und Sitzgruppen mit Sonnenschutz sind vorgesehen.

Wann die Bagger kommen, vermute ich Dezerent Holger Herlitschke nicht zu sagen. Die Ausführungsplanung fehlt noch. Sie legt zum Beispiel fest: Welche Bäume werden wo genau gepflanzt? Wenn ausgekoffert wird: wo und wie tief? Wenn aufgeschüttet wird: wo und wie hoch? Welche Schaukeln werden für den Kinderspielplatz gekauft? Herlitschke: „Die Ausschreibung der Arbeiten selbst muss auch noch erfolgen. Einige Arbeiten müssen wohl EU-weit ausgeschrieben werden.“ Während der Sitzung ließ er durchblicken, dass mit dem Jahr 2025 zu rechnen ist. Bis alles begrünt ist, wächst und blüht, wird wohl mindestens ein weiteres Jahr vergehen.